

Menschen - Klima - Zukunft? Wege zu einer gerechten Welt **Ökumenischer Prozess für eine zukunftsfähige, sozial- und klimagerechte Welt**

Seit 2005 gibt ein ökumenischer Herausgeberkreis von 30 kirchlichen Gliederungen, Institutionen und Verbänden das Jahrbuch Gerechtigkeit heraus. 2012 erschien der fünfte Band unter dem Titel „Menschen – Klima – Zukunft? Wege zu einer gerechten Welt“. Angestoßen durch die bereits im Gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ erhobene Forderung, dass nicht nur Armut, sondern auch Reichtum ein Thema der politischen Debatte sein müsse,¹ befassten sich die Bände dieser Reihe mit der Verantwortung von Reichtum angesichts verbreiteter und wachsender Armut. Während die ersten vier Bände dieses Thema mit wechselndem regionalem Fokus bearbeiteten, stellt der aktuelle Band V den Zusammenhang von Klimawandel und sozialen Herausforderungen in den Mittelpunkt. Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Entwicklung gehören zusammen. Das ist die zentrale Ausgangsthese des jüngsten Jahrbuchs, das den Klimawandel als „die zentrale, soziale und friedenspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, und insbesondere auf die Gleichzeitigkeit und die Zusammenhänge von mehreren globalen Krisen hinweist².

Der von allen Herausgebern gemeinsam getragene kirchliche Diskussionsbeitrag bezieht sich u.a. auf das 2011 erschienene Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU)³ und unterstützt dessen Forderungen nach raschem Handeln und einem umfassenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Was angesichts der aktuellen Finanz- und Schuldenkrisen, der wachsenden Armut und Ungleichheit weltweit und der kurzfristigen Wachstums- und Wettbewerbsfokussierung der globalen Wirtschaft schier unmöglich erscheint, lässt sich nach Ansicht des WBGU durch eine schrittweise, entschlossene Herangehensweise durchaus bewältigen. Die technischen Potenziale für eine weitgehende Dekarbonisierung sind vorhanden, die politischen und strukturellen Instrumente für die Umsetzung der Transformation sind bekannt. Entscheidend ist die Bereitschaft zu tatsächlich tiefgreifenden Veränderungen in Infrastrukturen, Konsumstilen und Produktionsprozessen. Auch in der Politik müssen neue Regulierungssysteme, Kommunikations- und Entscheidungsprozesse entwickelt werden, um zu einem neuen Zusammenspiel von Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zu gelangen. Auf nationalstaatlicher Ebene müssen kurzfristige Gruppeninteressen zugunsten solidarischer, kooperativer Verfahren zurückgestellt werden. Auf globaler Ebene „kann die Transformation nur dann gelingen, wenn Nationalstaaten ihre kurzfristigen Interessenkalküle zugunsten globaler Kooperationsmechanismen zurückstellen, um vor allem in der Weltwirtschaft eine Trendumkehr zu Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu ermöglichen.“⁴

Der kirchliche Diskussionsbeitrag greift die These des WBGU auf, dass eine solche *Große Transformation* kein Selbstläufer ist, sondern nur mit der aktiven Gestaltung und Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte gelingen kann. Die Herausgeber des Jahrbuchs Gerechtigkeit V rufen deshalb Kirchen, kirchliche Einrichtungen und Verbände dazu auf, hier Verantwortung zu übernehmen und sich an diesem Gestaltungsprozess zu beteiligen. Angesichts der Komplexität des Problems bedeutet dies nicht, dass hier fertige Lösungen präsentiert werden, die nur noch umgesetzt werden sollten. Vielmehr geht es um einen

¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1997, Ziffer 24.

² Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit gehören zusammen! Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag im Jahrbuch Gerechtigkeit V, Menschen-Klima-Zukunft? Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit, Glashütten 2012, S. 16ff.

³ Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen, Berlin 2011

⁴ Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen, Berlin 2011, Zusammenfassung S. 1

gemeinsamen Suchprozess, in dessen Verlauf, jede Gemeinde, Einrichtung und Organisation, aber auch jede und jeder Einzelne für sich die als dringend notwendig erkannten Schritte definiert und umsetzt. Auf einer zweiten Ebene geht es darum, an der Neugestaltung von politischen Prozessen mitzuwirken, die geeignet sind, das Umsetzen der Transformation auf nationaler und schließlich auch auf internationaler Ebene zu unterstützen.

Nicht zuletzt aufgrund von Anregungen der Träger des ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben - den Wandel gestalten“ hat die Synode der EKD im November in einem Beschluss die Fortführung und Konkretisierung der kirchlichen Beteiligung am Transformationsprozess deutlich unterstützt und den Rat um die Bereitstellung der dafür erforderlichen Ressourcen gebeten. Referent/innen des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung sind durch ihre EKD-weite Vernetzung in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern in diesen Prozess eingebunden.

Einladung zum Mitmachen

So können sich Kirchen, ihre Gemeinden, Werke, Dienste, Gruppen und Gemeindeglieder zu Vorreitern des Wandels entwickeln:

- Kirchen wecken und stärken das Bewusstsein dafür, dass der Umbau unserer Wirtschaft und eine Veränderung unseres Lebensstiles dringlich sind. Ob spirituell, theologisch oder durch Fortbildungsangebote – Kirchen machen Mut und geben Orientierung, Transformationsprozesse zu gestalten.
- Kirchen werden klimafreundlich: Systematisch analysieren sie ihren Energieverbrauch und ihre Einsparpotentiale. Sie gehen freiwillige Selbstverpflichtungen ein und reduzieren ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 30 bis 50 Prozent gegenüber 1990. Bis spätestens 2050 streben sie Kohlenstoffneutralität an.
- Kirchen ermutigen und unterstützen ihre Gemeindeglieder, die persönlichen Emissionen im gleichen Umfange zu verringern. Dabei handeln sie solidarisch, indem sie sozial benachteiligten Menschen besondere Hilfestellungen geben, den erforderlichen Wandel ohne unzumutbare Belastungen mit zu vollziehen.
- Kirchen beteiligen sich an der Umsetzung kommunaler, regionaler und nationaler Nachhaltigkeits-, Energie- und Klimaschutzkonzepte. Sie setzen sich ein für die Vereinbarkeit von ambitioniertem Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit zum Nutzen des Menschen. Sie unterstützen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsträger, damit diese selbst zu Vorreitern des Wandels werden. Sie fordern und unterstützen entschiedene Schritte von Regierungen und Parlamenten ein.
- Kirchen achten bei Geldanlage, Einkauf und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen auf soziale und ökologische Standards. In ihren Einrichtungen und Gemeinden setzen sie sich für eine Verringerung des Fleischkonsums ein. Sie erarbeiten entsprechende Anlage- und Beschaffungsrichtlinien und setzen diese Schritt für Schritt um.
- Kirchen erarbeiten Richtlinien für klimafreundliche Mobilität und Veranstaltungsmanagement. Verbleibende Emissionen werden über die Klima-Kollekte kompensiert.
- Kirchen prüfen selbstkritisch ihre Strukturen und Schwerpunkte mit dem Ziel, zu entschiedenem Vorreitern des Wandels werden zu können.
- Grundsätzlich bringen Kirchen ihr Engagement in das weltweite ökumenische Miteinander der Kirchen ein, denn dieses hilft, Transformationsprozesse so zu gestalten, dass sie weltweit Armut überwinden und nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Dabei nehmen die

Kirchen in reichen Ländern eine Anwaltschaft wahr für die, die keine Stimme haben: die Armen, die Unterdrückten, künftige Generationen und die Mitwelt.

- Sie ziehen – auch institutionelle – Konsequenzen aus der Einsicht, dass Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Entwicklung untrennbar zusammen gehören.

Da es nach unserer Überzeugung dafür kein Einheitsrezept gibt, wollen wir Unterstützung dabei bieten, den jeweils eigenen Weg zu entdecken und zu gehen. Am Anfang steht dabei immer eine Bestandsaufnahme und die Reflexion der eigenen Situation. Folgende Fragen können dabei helfen:

- Wie betreffen uns in unserer Gemeinde, in unserer Einrichtung oder in unserem Werk der Klimawandel und weitere globale Krisen? Wie tragen wir selbst zu ihnen bei?
- Welche Schwierigkeiten haben wir, bestehende Instrumente und Angebote (z.B. Umwelt-Audit, ökofaire Beschaffung, eigenes Energie- und Klimaschutzkonzept) zu nutzen? Welche Ziel- und Interessenkonflikte hindern uns daran?
- Gibt es für uns vor Ort Möglichkeiten, Strukturen einer lokalen Ökonomie zu nutzen und zu stärken?
- Wie fällt unser ökologischer Fußabdruck aus und welche Schritte zu dessen Reduzierung können wir gehen?
- Was könnten wir vor Ort dazu beitragen, dass sich unsere Kommune auf den Weg macht?
- Wie könnten wir in unserer Region erforderliche Produktkonversionen (z.B. in der Energiewirtschaft oder in der Automobilindustrie) unterstützen?
- Wie könnten wir vor Ort dazu beitragen, dass die Kosten für den erforderlichen Umbau gerecht verteilt werden?
- Wie können wir aus unserem christlichen Glauben Kraft zu einer „Umkehr zum Leben“ schöpfen? Wie kann uns Spiritualität Mut zu Veränderungen machen?

Die Träger des ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ bereiten dafür Arbeitshilfen und Materialien vor, die das Jahrbuch Gerechtigkeit V „Menschen, Klima, Zukunft. Wege zu einer gerechten Welt“ ergänzen. Außerdem soll eine Website eingerichtet werden (www.umkehr-zum-leben.de), die über den ökumenischen Prozess informiert und dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung dient. Mit Hintergrundinformationen und der Durchführung regionaler und lokaler Workshops und Seminare für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in der Kirche soll eine Mitgestaltung der Transformation unterstützt werden.

Die Beteiligung der Kirche an der Gestaltung des Transformationsprozesses verstehen wir nicht als ein weiteres, zusätzliches, kurzfristiges Projekt, das als zusätzliche Belastung die ohnehin schon hohe Arbeitsbelastung vieler engagierter Haupt- und Ehrenamtlicher in Kirche und Diakonie noch weiter verschärft. Vielmehr soll damit zunächst das Bewusstsein und Verständnis dafür geweckt werden, dass diese Transformation mit ähnlich einschneidenden, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen wie die Industrielle Revolution im 18./19. Jahrhundert unweigerlich auf uns zukommt. Die Chance, diese drastischen Veränderungen als möglichst "friedliche Revolution" mit zu gestalten und die drohenden Konflikte um den Zugang zu Ressourcen und die Verteilung der Belastungen und Kosten national und international möglichst nicht in Gewalt eskalieren zu lassen, schließt die Herausforderung ein, dass wir uns als Kirchen mutig und zuversichtlich diesen Veränderungen stellen und für andere zivilgesellschaftliche Partner als verlässliche engagierte Partner erfahrbar werden, die bereit sind, hier ihre gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft und Finanzpolitik